

Grundlagen des interreligiösen Dialogs aus evangelischer Sicht
am Beispiel des christlich-islamischen Dialogs
vorgetragen am 5. Dezember 2006 im Landtag zu Hannover vor der CDU-
Landtagsfraktion und dem EAK-Niedersachsen

Unter Verwendung von Diskussionsergebnissen aus der EKHN

1. Zum christlich-islamischen Dialog gibt es keine Alternative. Muslime leben als Teil unserer Gesellschaft dauerhaft in Deutschland.
2. Der Dialog muss auf Augenhöhe und damit offen geführt werden, denn er findet weithin nicht mit Gästen statt, sondern mit Einheimischen. Der Islam ist in Deutschland heimisch.
3. Auf christlicher und muslimischer Seite sollen möglichst viele Konfessionen und Glaubensrichtungen einbezogen sein. Wie Christen auch, haben Muslime ganz verschiedene religiöse, kulturelle, nationale und soziale Identitäten. Und sie reagieren ganz unterschiedlich auf die Inkulturation in das deutsche Umfeld. Die pluralistische Gesellschaft hat über viele Fragen eine innerislamische Debatte ausgelöst. Der Dialog muss also vielschichtig und auf Veränderungen gefasst sein. Dabei ist Rücksicht auf Empfindlichkeiten nicht dasselbe wie Akzeptanz.
4. Ein Dialog vor dem Dialog muss Ziele, Bedingungen und Grenzen gründlich klären. Denn aufgrund verschiedener Verständnisse von Religion, vom Sinn, Ablauf und Ziel eines Dialogs sowie aufgrund verschiedener sprachlicher und kultureller Prägungen ist die Gefahr von Missverständnissen groß.
5. Dialog kann weder Mission noch Vermischung der Religionen heißen. Die Themen und Interessen beider Seiten müssen angemessen vorkommen. Vor dem Dialog haben beide Seite Ängste. Viele Muslime fürchten den Zwang zu Assimilierung und Identitätsverlust, Christen befürchten Überfremdung und Selbstmarginalisierung. Dem beugt nur eine beiderseitige klare Profilierung vor.
6. Dialog setzt Verständigungsbereitschaft, aktive Ablehnung von extremistischen Äußerungen und Akzeptanz der demokratischen Grundwerte voraus.
7. Mit dem Dialog verbindet die evangelische Kirche folgende Anliegen:
 - a, über die eigenen theologischen Grundlagen, das Verhältnis zu Staat und

- Verfassung sowie die eignen Strukturen informieren,
- b. entsprechende Informationen über den Islam erhalten,
- c. die Integration der Muslime in die Gesellschaft fördern,
- d. gesprächsbereite Muslime auch innerhalb ihrer Organisationen stärken,
- e. im Dialog sich besser kennen lernen und das eigene Profil schärfen.

8. Ziel ist ein friedliches Zusammenleben in versöhnter Verschiedenheit auf der Basis des Grundgesetzes in Deutschland.

9. Ein Verzicht auf Wahrheitsansprüche ist um des Dialogs willen nicht nur nicht nötig, sondern sogar schädlich. Denn damit nehme ich weder die eigene, noch die fremde andere Religion wirklich ernst. Religionspluralismus in dieser Art führt zu einem Religionsrelativismus, in dem alle „Katzen grau sind.“

10. Der Fundamentalismus ist vom Übel. Er will die Rückkehr in einfache Verhältnisse und weicht zugleich der Infragestellung durch das Fremde aus. Eine kleine Zahl einfacher Lehrsätze soll für die Orientierung im Leben genug sein, anderes wird nicht zur Kenntnis genommen oder abgelehnt. Der Fundamentalismus sperrt sich gegen die mögliche Wahrheit, gegen die möglichen Werte, gegen den Reichtum in der Person, der Erfahrung, dem Glauben und der Kultur des anderen.

Die Gegenposition zum Fundamentalismus ist die des Relativismus. Er sagt: Jeder Mensch hat seine Überzeugungen und Lebensweisen für sich selbst, eine Verständigung ist ohnehin nicht möglich; die Wahrheitsansprüche, die für uns als einzelne wichtig sind, lassen wir in der Begegnung mit anderen auf sich beruhen. Scheinbar können nach diesem Modell die unterschiedlichen Menschen und Gruppen gut miteinander leben, dies aber nur deswegen, weil sie einander im letzten gleichgültig sind. Auf diesem Wege kommt eine plurale Gesellschaft zustande, in der die für die Menschen wichtigen Fragen nicht mehr gestellt und die Antworten auf diese Fragen tabuisiert werden.

11. Der Dialog, den wir führen wollen, muss getragen sein vom Respekt und der Achtung vor dem Glaubenszeugnis der anderen. Er muss aber zugleich ehrlich sein und darauf verweisen, wo wir es schwer miteinander haben.

12. Die Grenze der Toleranz ist da gegeben, wo andere mich an der Ausübung meiner Religion hindern oder wo Religionen mit Inhalten auftreten, die staatsrechtlich unserer Verfassung widersprechen. Denn Dialog heißt auch Konvivenz, nämlich Zusammenleben in einem Gemeinwesen.